



Landespolizeidirektion Wien am Schottenring: Sitz des Landesamts Verfassungsschutz.



Papstbesuch in Wien 2007: Die Steuerung und Planung solcher Einsätze läuft über das Landesamt Verfassungsschutz.

Hauptaufgabe Prävention

Sie schützen Politiker, Diplomaten, Staatsgäste, Objekte sowie Veranstaltungen und versuchen Terrorakte zu verhindern – die Beamtinnen und Beamten des Landesamts Verfassungsschutz (LV) in Wien.

Der tschetschenische Asylwerber Umar Israilov wurde im Jänner 2009 auf offener Straße in Wien-Floridsdorf erschossen. Die drei Täter wurden inzwischen rechtskräftig verurteilt. Einer von ihnen bekam eine lebenslange Freiheitsstrafe. Der aus Indien angereiste spirituelle Führer Sant Rama Nand wurde im Mai 2009 bei einer Schießerei in einem Sikh-Tempel in Wien-Rudolfsheim getötet, ein weiterer Sikh-Angehöriger wurde schwer verletzt. Der Haupttäter wurde inzwischen rechtskräftig wegen Mordes verurteilt, fünf weitere Männer als Beitragstäter. Auch die für die Ausschreitungen beim Fußballspiel PAOK Saloniki gegen Rapid Wien im August 2012 verantwortlichen Hooligans wurden inzwischen rechtskräftig wegen Landfriedensbruchs verurteilt.

Allesamt erfolgreich abgeschlossene Amtshandlungen des Landesamts Verfassungsschutz Wien (LV). „Der geklärte Anschlag ist nur die zweitbeste Lösung, die beste Lösung ist, dass es gar nicht so weit kommt,“ sagt Hofrat Mag. Erich Zwettler, Leiter des LV Wien. „Unsere Aufgabe ist es in erster Linie, Anschläge jeglicher Art – von der Sachbeschädigung bis zum Terroranschlag – zu verhindern. Das klingt einfach, ist aber extrem schwierig. Man sieht, die Amerikaner mit ihren riesigen Apparaten können es auch nicht verhindern“, betont Zwettler. Dennoch gibt es in Österreich die Erfolgsge-

schichte aus der Arbeit des LV: „Seit mindestens 20 Jahren haben wir keinen Terroranschlag gehabt“, sagt Zwettler. „Die Anschläge bei uns sind im Wesentlichen auf Sachbeschädigungen beschränkt, aber es gibt kaum Gewalt. Wir haben durchaus Taten mit politischem Hintergrund verzeichnet, sie sind aber weit weg vom Terrorismus.“

Breites Aufgabenspektrum. In den vier Aufgabenfeldern des LV gilt es, zahlreiche Gefahren rechtzeitig abzuwehren. Im Staatsschutz geht es vor allem um die Bekämpfung von Rechtsextremismus, Linksextremismus, religiösem Extremismus bis hin zu gefährlichen Sekten. Für staatspolizeiliche Analysen und Gefahrenforschung ist ein eigenes Referat mit der Auswertung offener Quellen betraut.

„Aus all diesen vielen Puzzlesteinchen wird so ein großes Ganzes zusammensetzt, das uns in die Lage versetzt, die Gefährdung – sei es von bestimmten Personen, Objekten oder Ereignissen – beurteilen und unsere Maßnahmen ansetzen zu können“, sagt LV-Chef Zwettler. Bei einem konkreten Verdacht starten zuerst Observationsmaßnahmen, um die Informationen verdichten und verifizieren oder falsifizieren zu können. „Hauptsächlich versuchen wir aber zuerst, alle Mittel des Verwaltungsrechts auszuschöpfen“, erklärt Zwettler. „Wir erteilen etwa Bewilligungen nicht, stellen keinen Waf-

fenpass aus oder entziehen entsprechende Genehmigungen. Somit gelangen wir oft gar nicht in die strafprozessuale Ebene.“

Daneben zählt der Personen- und Objektschutz zu den Aufgabengebieten des LV. Hier erhalten die „obersten Organe“ ständige Sicherheit. „Das sind in erster Linie das Parlament, das Präsidium des Nationalrates und des Bundesrates, der Bundespräsident als Staatsspitze und der Bundeskanzler und alle anderen Mitglieder der Bundesregierung, der Verfassungs- und Verwaltungsgerichtshof, der Oberste Gerichtshof und der Bürgermeister in seiner Funktion als Landeshauptmann“, erläutert Zwettler. „Wir sichern sowohl die Funktionsträger selbst als auch die Gebäude, in denen diese Organe ihren Sitz haben oder in einigen Fällen wohnen.“ Objektschutzpläne halten fest, ob etwa uniformierte Kollegen als fixe Posten bewachen oder im Intersystem mit Funkstreifen die Objekte abfahren.

Politiker, Diplomaten und Staatsgäste. Hinzu kommt die Steuerung des Schutzes der internationalen Organisationen in Wien und aller bilateralen Vertretungsbehörden wie Botschaften oder Generalkonsulate. „Bei den über 170 Vertretungsbehörden in Wien ist das durchaus ein Aufwand“, betont Zwettler. Die Einsatzpläne werden mindestens einmal im Monat aktualisiert. Im Rahmen des personenbezoge-



Kundgebung gegen die Errichtung einer Moschee in Wien: Derartige Veranstaltungen verlaufen meist friedlich.

nen Veranstaltungsschutzes bewacht das LV Empfänge zu Nationalfeiertagen oder größere Konferenzen. „Der dritte große Bereich in diesem Zusammenhang ist alles, was mit Staatsbesuchen zu tun hat“, sagt Zwettler. „Jeder Staatsgast, sei es zu einem offiziellen Arbeitsbesuch oder ab einer gewissen Gefährdungsstufe auch privat, wird von uns geschützt – gemeinsam mit dem Einsatzkommando Cobra.“ Die Steuerung und Planung dieser Einsätze läuft über das LV.

Die Basis für jede Maßnahmenplanung bildet eine Gefährdungseinschätzung: Wie gefährdet ist die Schutzperson im Heimatland, wie sehr im Ausland. Darauf aufbauend wird ein polizeiliches Einsatzkonzept erstellt – mit dem Ziel, den bestmöglichen Schutz für die Person unter gleichzeitigem Anlegen eines Kostenmaßstabes sicherzustellen. „Es macht einfach einen Unterschied, ob ein Regierungsmitglied aus Liechtenstein kommt oder Vladimir Putin“, sagt Zwettler.

Bei Bedarf erfolgen in Hotels und Fahrzeugen Bombenchecks mit Spürhunden und sprengstoffkundigen Organen. „Das ist etwa bei großen UNO-Konferenzen der Fall. Zuletzt haben wir 30 Staats- und Regierungschefs inklusive Ban Ki Moon zu Besuch gehabt“, berichtet Zwettler. „Ist die Sicherheit hergestellt, wird das Appartement oder Fahrzeug zugesperrt und bis zur Benutzung nicht mehr aus den Augen gelassen.“

Für das Bundesheer führt das LV nach dem Militärbefugnisgesetz Sicherheitsüberprüfungen jener Personen durch, die als Berufssoldaten in den Militärdienst eintreten sollen. Auch Personen, die Zutritt zum inneren Bereich des Wiener Flughafens erhalten sollen, durchleuchtet das LV. Außerdem werden bei Staatsbürgerschaftsanfragen Einschätzungen und Stellungnahmen abgegeben.

Diese Aufgabengebiete sind in ganz Österreich gleich. Das kleinste Landesamt Verfassungsschutz befindet sich in Vorarlberg mit elf Bediensteten, das größte in Wien mit 126. Die Mehrheit der Beschäftigten sind zivile Exekutivbeamte, ehemals Kriminalbeamte. Ihre Ausbildung startet mit der üblichen Polizeigrundausbildung, gefolgt vom Streifendienst und dem Kurs zum dienstführenden Beamten. Die spezielle Schulung für den Dienst im LV erfolgt zum Teil vor Ort, obliegt aber dem Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT). „Ein- bis zweimal jährlich wird ein einwöchiger Kurs angeboten, um den neuen Kollegen das Basiswissen und die Grundregeln für unsere Arbeit beizubringen“, sagt der LV-Chef.

Das BVT und die Landesämter bestehen seit 2002. Sie entstanden aus den Staatsschutzabteilungen des Innenministeriums und der *Einsatzgruppe zur Bekämpfung des Terrorismus (EBT)*. „Man wollte die Organisationsstruktur

schlanker, spezialisierter und schlagkräftiger machen“, sagt Zwettler. „Die staatspolizeilichen Kernaufgaben sollten klar definiert und von entsprechend geschulten Beamten erledigt werden.“ Bis zur Sicherheitsbehörden-Neustrukturierung mit 1. September 2012 lautete die Bezeichnung „Landesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung“ (LVT). Die LVTs waren den bestehenden Sicherheitsdirektionen unterstellt.

Das LV besteht aus drei Referaten – Staatsschutz, Personen- und Objektschutz sowie staatspolizeiliche Analyse. In der Abteilungsleitung ist das Referat Führungsunterstützung und Assistenzdienste angesiedelt. Sein Zuständigkeitsbereich umfasst die Sicherheitsüberprüfungen und Funktionen wie Budget, Personal oder Aktenprotokolle. „Diese schlanke Organisation ermöglicht unser rasches und flexibles Handeln und ein Kurzhalten der Kommunikationswege“, sagt Zwettler.

Das BVT erledigt Fälle mit starkem Auslandsbezug und hat als Oberbehörde ein Weisungsrecht gegenüber dem LV. „Aufgrund unseres Verfassungssystems in Österreich hat das BVT gewisse Kompetenzen nicht, weil es keine erstinstanzliche Behörde ist“, erklärt der LV-Chef. „Das heißt: Dort wo eine Behörde erster Instanz einschreiten muss, weil man sonst einen Verstoß gegen das Recht auf den gesetzlichen Richter hat, sind wir zuständig – etwa im Versammlungswesen oder bei Verstößen gegen das Abzeichengesetz.“ Demnach leitet das BVT solche Fälle an das LV weiter.

Erhöhte Geheimhaltung. Um seine Arbeit effizient leisten zu können, greift das LV auf viele Quellen zurück. Die wichtigste ist die Kooperation mit den Bürgerinnen und Bürgern. „Wir suchen gezielt nach Personen, die bereit sind, mit uns zu kooperieren und uns Informationen zu geben, die uns Gefährdungen rasch erkennen und entsprechend handeln lassen“, sagt Zwettler. Zum Schutz der Informanten wird mit einem hohen Grad an Geheimhaltung gearbeitet. Öffentlichkeitsarbeit findet nur im Bereich Sensibilisierung statt. „Wir sind auch in der Lehrerbildung tätig, um sie auf frühzeitiges Erkennen entsprechender Sachverhalte zu sensibilisieren“, sagt Zwettler. „Wir wollen, dass am Ende das Tages eine Null steht – kein Terroranschlag, keine

Demonstration mit Ausschreitungen. Das ist für Schlagzeilen allerdings meist unspektakulär.“

Neben den Informanten leisten „Sensoren“ in den Polizeinspektionen (PI) Präventionsarbeit. In jeder PI versehen mindestens zwei dieser in speziellen Bereichen wie Rechtsextremismus geschulten uniformierten Beamte ihren Dienst. Sie sind das ständige Auge des LV auf der Straße und sollen auch ihre Kollegen für Amtshandlungen mit staatspolizeilich interessantem Hintergrund sensibilisieren. „Wir betreuen die Sensoren regelmäßig – das ist ein Dialogverfahren, kein Berichtswesen“, sagt Zwettler. Ein Informationsaustausch findet in relevanten Bereichen auch mit dem Heeresnachrichtenamt statt. Das Internet und unzählige Protokolle aus den täglichen Amtshandlungen des Streifendienstes werden durchforstet. Werden Verdachtsmomente sichtbar, besitzt das LV die „Kompetenzkompetenz“. Zum Teil kommen verdeckte Ermittler zum Einsatz. Sie sind seit der Polizeireform 2005 im BKA und BVT und werden von dort angefordert. „Ansonsten stehen uns alle üblichen Polizeiinstrumente zur Verfügung. Wir haben alles, was die Strafprozessordnung hergibt und alle Befugnisse, die das Sicherheitspolizeigesetz bietet. Eine wichtige Befugnis ist die erweiterte Gefahrenforschung. Sie ermächtigt uns dazu, schon lange vor der Tatbegehung – wenn uns der Rechtsschutzbeauftragte dazu ermächtigt – mit Observationsmaßnahmen zu beginnen.“

Terroranschläge im Ausland wie jener beim Boston-Marathon vergangenen April wirken sich auf die Arbeit der Ermittler in Österreich aus. „Wir versuchen, so viele Informationen wie möglich zu bekommen, die Situation zu analysieren und Schlüsse für uns zu ziehen“, erläutert Zwettler. „Wir haben zum Beispiel unser Sicherheitskonzept für die Veranstaltungen am Tag der Arbeit am 1. Mai anders gestaltet. Wir haben wesentlich genauer durchsucht und die Plätze in der Nacht vorher überwacht, auch mit Hundestreifen.“

International erfolgt ein reger Austausch an Kenntnissen und Informationen, es wird mit Europol, Interpol und den Botschaften zusammengearbeitet. „Man kann das nicht abpausen, weil unsere Verhältnisse anders sind, aber es erweitert den Horizont.“ Denn manche



Staatsbesuch von Vladimir Putin 2007 in Wien: Das LV ist unter anderem zuständig für den Personenschutz für oberste Staatsorgane und für Gäste aus dem Ausland.

ausländischen Konflikte werden auch in Österreich ausgetragen. „Das ist das Schwierige an unserer Arbeit – es kann am letzten Zipfel der Welt etwas passieren und es passiert auf einmal hier auch etwas“, betont der Wiener LV-Chef.

In Zukunft werden sich Bedrohungen vielfach im Bereich Cyber-Kriminalität entwickeln. „Es geht vor allem um die Bekämpfung der Radikalisierung junger Muslime, die Abwehr direkter Spionageangriffe von Computerhackern und den Schutz kritischer Infrastruktur wie bestimmter Versorgungsunternehmen“, erläutert Zwettler.

„Wir überlegen, was unsere Hauptbedrohungsszenarien in fünf bis fünfzehn Jahren sein werden.“ Mit Weiterbildung soll versucht werden, auf alle Eventualitäten vorbereitet zu sein. „Drei bis vier Beamte im Jahr bekommen die Möglichkeit, eine Spezialausbildung in Deutschland zu absolvieren. Manche machen auch freiwillige Situationen besser zu reagieren“, erklärt Erich Zwettler. „Somit sind wir recht gut aufgestellt – zum Glück haben wir aber noch keinen Anlassfall gehabt, bei dem wir es hätten ausprobieren können.“

Julia Riegler/Herbert Zwickl

ZUR PERSON



Erich Zwettler, geboren am 7. Mai 1964 in Wien, schloss 1986 das Jus-Studium an der Universität Wien ab. In seiner Diplomarbeit befasste er sich mit Maßnahmen bei der Personalrekrutierung, um Betriebsspionage zu verhindern. Nach der Gerichtspraxis und dem Grundwehrdienst trat er 1987 als Konzeptsbeamter in den Dienst der Bundespolizeidirektion Wien ein. 1991 wechselte er in das BMI zur Gruppe „Staatspolizeilicher Dienst“. 1994 wurde er Leiter der Einsatzgruppe zur Bekämpfung des Terrorismus (EBT) und 1996 wechselte er als stellvertretender Leiter der Abteilung für kriminalpolizeiliche Er-

mittlungen in das BMI. Später leitete er die Interpol-Abteilung in der Gruppe Kriminalpolizei, war stellvertretender Projektleiter beim Aufbau des Bundeskriminalamts und leitete dort sechs Jahre lang die Abteilung zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität.

Erich Zwettler absolvierte eine dreimonatige Ausbildung beim FBI in Connecticut – mit dem Fokus auf Terrorismusbekämpfung und Spionageabwehr. Es folgte eine zweiwöchige Spezialausbildung zur Terrorismusbekämpfung beim israelischen Auslandsgeheimdienst Mossad. Seit 13. Jänner 2010 ist Erich Zwettler Leiter des Landesamtes Verfassungsschutz in der Landespolizeidirektion Wien.